SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG **Drucksache 20/5002**
20. Wahlperiode 27. Oktober 2026

Antrag

der Fraktion der FDP

Koalitionsvertrag endlich umsetzen und Kita-Elternbeiträge absenken

Der Landtag wolle beschließen:

Die frühkindliche Bildung und Betreuung sind wesentliche Voraussetzungen für gleiche Start- und Bildungschancen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Zugang zu qualitativ hochwertiger Kindertagesbetreuung muss unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern gewährleistet sein. Die schrittweise Reduzierung der Elternbeiträge bis hin zur vollständigen Beitragsfreiheit bleibt daher ein wichtiges sozial- und bildungspolitisches Ziel.

Mit der Einführung des landeseinheitlichen Beitragsdeckels im Rahmen der Kita-Reform 2020 wurde ein erfolgreicher Schritt zur finanziellen Entlastung von Familien in Schleswig-Holstein umgesetzt. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden, um Familien weiter zu entlasten und den Zugang zu frühkindlicher Bildung schrittweise noch unabhängiger von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Elternhauses zu gestalten.

Die weitere finanzielle Entlastung von Familien muss mit einer verlässlichen und qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung einhergehen. Zugleich muss sichergestellt werden, dass die finanzielle Entlastung der Eltern weder zu zusätzlichen finanziellen Belastungen für Kommunen und Einrichtungsträger noch zu Einschränkungen der Betreuungsqualität führt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

- die gesetzlichen Höchstbeiträge nach § 31 Absatz 1 KiTaG zum 1. Januar 2027 zunächst durch Absenkung des U3-Beitragsdeckels auf das Niveau des Ü3-Beitragsdeckels anzugleichen und den dann einheitlichen Beitragsdeckel um zehn Prozent abzusenken,
- die durch die Absenkung der Elternbeiträge entstehenden Einnahmeausfälle vollständig aus Landesmitteln auszugleichen und sicherzustellen, dass den

Kommunen und Einrichtungsträgern hierdurch keine zusätzlichen finanziellen Belastungen entstehen,
- die bestehenden Sozialstaffel- und Geschwisterermäßigungen mindestens im bisherigen Umfang zu erhalten,
- einen verbindlichen Stufenplan für die weitere Reduzierung der Elternbeiträge ab dem Jahr 2028 mit einem konkreten Weg zur vollständigen Beitragsfreiheit in der frühkindlichen Bildung vorzulegen,
- die finanziellen Auswirkungen der schrittweisen Beitragsreduzierung unter Berücksichtigung der Entwicklung der Kinderzahlen und der tatsächlichen Beitragseinnahmen transparent darzustellen und die erforderlichen Mittel im Landeshaushalt bereitzustellen und
- sicherzustellen, dass die schrittweise Reduzierung der Elternbeiträge mit der konsequenten Umsetzung der Ergebnisse der KiTaG-Evaluation, insbesondere zur Verbesserung der pädagogischen Qualität, der Verlässlichkeit der Betreuung sowie der Anhebung der bei der Finanzierung von Vertretungsstunden berücksichtigten Krankheitstage auf mindestens 22 Tage, einhergeht.

Dr. Heiner Garg

und Fraktion